I. **Anmeldung**

TOP:

Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum 28.04.2016

öffentlich

Betreff:
Holsteiner Straße, Beschluss einer Grunderwerbsgrenze zwischen Holsteiner Straße Nr.7 und Schnieglinger Straße, Fl.Nr. 137/3 und 137/4

Anlagen:
- Straßenplan
- B-Plan Nr. 3552 (Ausschnitt)

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Die Holsteiner Straße liegt im Bereich des rechtskräftigen B-Planes Nr.3552. Die darin festgesetzte Verkehrsfläche zwischen Holsteiner Straße Nr.7 und der Schnieglinger Straße wird in diesem Umfang nicht mehr benötigt.

Um die Grundstücksgrenze arrondieren zu können, wurde ein Straßenplan erstellt.
Die Aufteilung des Straßenquerschnitts sieht die beidseitige Markierung von 1,85m breiten Radstreifen vor. Im Bereich der Kreuzung wird dieser als Radweg geführt, um an den Bestand anzuschließen. Zusätzlich bleibt auf der Westseite ein 2,50m breiter Gehweg erhalten.
Im Zulauf zur Kreuzung Schnieglinger Straße bleibt der Querschnitt der Fahrbahn unverändert.

Der Beschluss des Verkehrsausschusses wird für die Festlegung der neuen Grundstücksgrenze und damit für den Verkauf einer Teilfläche aus Fl-Nr. 137/4 und den Erwerb einer Teilfläche aus Fl.Nr. 137/3 benötigt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Verbesserung Angebot für Radfahrer durch Anlage Radstreifen und Radweg. Damit auch Verbesserung für Fußgänger durch getrennte Führung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref.VI/Vpl**

Nürnberg,
Referat

(4933)